



Kreuzen Sie an, welche Aussagen Sie unterstützen und schicken Sie Ihre Meinung an unser Postfach! Tragen Sie Ihre Kontaktdaten ein, wenn Sie weitere Informationen wünschen.

Von welcher Partei fühlen Sie sich vertreten? Entscheiden Sie selbst!

○ Von der CSU? „Wir, die CSU, müssen uns noch in diesem Jahrhundert auf 50 Prozent Muslime in unserem Land einstellen. Deshalb müssen wir uns den Muslimen öffnen und um sie werben.“ (Martin Neumayer, CSU-Landtagsabgeordneter)

○ Von der FDP? „Islamischer Religionsunterricht im Sinne eines bekenntnis-orientierten Religionsunterrichts in deutscher Sprache an staatlichen Schulen ist ein wichtiger Schritt zur Integration der in Deutschland lebenden Muslime.“ (Helmut Metzner, FDP, ehem. BÜroleiter von Guido Westerwelle)

○ Von der SPD? „Die Frage, [ob die Deutschen aussterben], das ist für mich eine, die ich an allerletzter Stelle stelle, weil dieses ist mir, also so wie sie hier gestellt wird, verhältnismäßig wurscht.“ (Renate Schmidt, ehem. SPD-Familienministerin)

○ Von den Grünen? „Wir, die Grünen, müssen dafür sorgen, so viele Ausländer wie möglich nach Deutschland zu holen. Wenn sie in Deutschland sind, müssen wir für ihr Wahlrecht kämpfen. Wenn wir das erreicht haben, werden wir den Stimmenanteil haben, den wir brauchen, um diese Republik zu verändern.“ (Daniel Cohn-Bendit, Europa-Abgeordneter von Bündnis 90/ Die Grünen)

○ Von der Linken? „Da läuft wieder der Deutsche an sich mit Fahne in der Hand durch die Gegend, da wird ein Bild von einem Land verkauft, in dem die Menschen gerne leben. Das kotzt uns an! Deutschland ist ein Land, in dem (...) Rassismus herrscht!“ (Claudia Jobst, Jugendkoordinatorin der sächsischen Linkspartei)

○ Oder von der NPD? „Nehmen wir uns auch hier die Schweiz zum Vorbild und machen wir endlich politisch und abschieberechtlich kurzen Prozeß mit kriminellen Ausländern, Asylbetrüggern, Sozialhilfegaunern, vagabundierenden Zigeuner-Diebesbanden, tickenden Islamisten-Zeitbomben und anderen importierten Sicherheitsrisiken.“ (Jürgen Gansel, NPD-Landtagsabgeordneter)

Name _____ Alter: _____
 Adresse, PLZ, Wohnort _____
 Tel-Nr. _____ E-Mail-Adresse _____

Kontakt: NPD-Kreisverband Neu-Ulm/ Günzburg
 Postfach 1415, 89204 Neu-Ulm
 Tel. 0160/5818998
 Internet: www.npd-neu-ulm.de,
 E-Mail: npd-neu-ulm@web.de



Liebe Bürgerinnen und Bürger von Vöhringen,

Seit Monaten kennt Vöhringen fast nur noch ein Gesprächsthema: das Vorhaben des türkisch-islamischen Verbands DITIB, eine Moschee in der Stadt zu bauen. Wenn man die Stellungnahmen der Politiker der etablierten Parteien hernimmt, so bekommt man den Eindruck, daß der Moscheebau bereits beschlossene Sache sei.

Der Wille der Vöhringen Bürger scheint keine Rolle mehr zu spielen – ganz gleich, ob die Ansichten der Bürgerinitiative, und im Übrigen auch die der NPD, von der Mehrheit der Bevölkerung geteilt werden.

Ein Stadtrat der Freien Wähler bekundete offen seine Gleichgültigkeit gegenüber der Meinung der Bevölkerung, indem er sagte, er schäme sich für die Äußerungen der Bürgerinitiative. Noch deutlicher brachte der CSU-Fraktionsvorsitzende Herbert Walk sein Demokratieverständnis auf den Punkt: „Es geht nicht um eine Moschee ja oder nein, sondern es geht darum, wohin sie kommt!“

Bei Bürgermeister Janson wußte man lange Zeit nicht so recht, wie der Hase läuft. Er gab sich betont neutral, als wäre er in der ganzen Sache nur der Schiedsrichter. Gleichzeitig hat er die türkische Gemeinde über die Genehmigungsfähigkeit des Bauantrags beraten, was nicht gerade zu den Aufgaben eines Bürgermeisters gehört. Kurze Zeit gewährte er etwas mehr Einblick über seine persönliche Haltung zum Moscheebau, als er allen Ernstes den Ruf des Muezzins mit dem Geläut der christlichen Kirchen verglich! Werter Herr Janson, die Kirchtürme waren schon tausend Jahre vor den Muslimen da und ihr Geläut ruft nicht zur Unterwerfung anderer Kulturkreise auf!

EINLADUNG ZUR INFORMATIONS-VERANSTALTUNG

am 26. Februar 2011 im Wolfgang-Eychmüller-Haus in Vöhringen
 Beginn: 16.00 Uhr, Eintritt frei.

Gastredner: Karl Richter, Stadtrat der Bürgerinitiative Ausländerstopp in München, stellvertretender NPD-Parteivorsitzender;
 Peter Seefried, Stadtrat in Wertingen, verhinderte den Bau einer Moschee in seiner Heimatgemeinde;

Im Anschluß stehen die Gastredner für Fragen bereit.



Die ganze Debatte hat eine Wendung genommen, die die Mitglieder unserer Partei nur zu gut kennen: Wenn man die Artikel der Lokalpresse und die gedruckten Leserbriefe verfolgt, erkennt man immer deutlicher, daß es hier nicht mehr um die Sache als solche geht, sondern darum, ob es nun rechtsradikal ist, gegen den Bau einer Moschee zu sein oder nicht. Hier wird, wie so oft in dieser Republik, Politik mit der Faschismuskeule betrieben anstatt mit Sachargumenten. Das Prinzip ist einfach: Wer erstmal als Nazi abgestempelt wurde, der hat sein Mitspracherecht verloren, ganz gleich, ob er in der Sache recht hat oder nicht.

Und so folgt, was folgen muß: Jeder distanziert sich von jedem. Die Politik und der Stadtpfarrer von der Bürgerinitiative, von der NPD sowieso und die toleranten Zeitungsleser von allen Zeitungslesern, die in irgendeiner Form das Projekt kritisieren. Das eigentliche Streitthema rückt dabei vollkommen aus dem Blickfeld.

Tarnen und Täuschen

„Eine offene politische Debatte zeichnet sich durch Ehrlichkeit und Sachkunde aus, aber nicht durch Tarnen und Täuschen“, so ließ Bürgermeister Janson verlautbaren. Doch die Täuschung geht hier nicht von den Gegnern sondern von den Befürwortern der Moschee aus. Während der Vorsitzende der türkischen Gemeinde, das CSU-Mitglied Sait Selcuk, bereits die Möglichkeit des Verzichts auf eine Moschee bzw. ein Minarett in Betracht gezogen hat, liegt inzwischen ein Bauplan vor, der es in sich hat: Nach dem Willen der türkischen Herrschaften soll es ein Gebetshaus mit Minarett, Nebenräumen, Teestube, Ladengeschäft und Mehrzweckhalle auf insgesamt 4500 Quadratmetern sein – und damit größer als das, was vom Bürgermeister immer als utopische Befürchtung abgetan wurde!

Gleichzeitig will man sich auf türkischer Seite nicht mit dem Gedanken abfinden, daß die islamische Gemeinde auch das Wolfgang-Eychmüller-Haus nutzen könnte, was einen eigenen Versammlungsort von dieser Größe entbehrlich machen würde, und kontert mit dem Vorschlag, daß die Bürger und Vereine Vöhringens ja dann die Räumlichkeiten der türkischen Gemeinde mieten könnten. Doch die Absichten sind durchschaubar: Lieber einen eigenen Versammlungsort besitzen und damit noch Geld erwirtschaften statt für die Lokalitäten der „Ungläubigen“ zu bezahlen! Die Türken wollen also mit aller Macht ihren eigenen Treffpunkt, um ungestört für sich ihr Süppchen zu kochen. Sieht so glaubhafte Integrationsbereitschaft aus?

Gemeinsam für Vöhringen!

Lassen Sie sich nicht erzählen, daß der Ruf der Stadt Vöhringen gefährdet sei, nur weil die Bevölkerung nicht alles widerstandslos hinnimmt, was ihr die Politik auftischt! Es geht nicht darum, ob die Moschee nun in Ihrem Stadtteil steht oder in einem anderen, sondern darum, daß Vöhringen keine Moschee bekommt, weil wir den Vormarsch des Islams in unserer Heimat nicht dulden dürfen! Wir solidarisieren uns mit jedem, der sich gegen dieses Vorhaben zur Wehr setzt – über Partei- und Meinungsgrenzen hinweg, im Interesse unserer Heimatstadt!

NEIN zum Islam in unseren Städten!

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

Auch wenn Ihnen „Ihre“ Politiker ständig das Gegenteil erzählen und lieber in „Multikulti“ machen: der Islam ist keine tolerante Religion. Er vertritt ein Weltbild, das zu den Werten unseres abendländischen Menschenbildes konträr ist; er kennt keine Gleichberechtigung von Mann und Frau und er kennt auch nicht die für uns selbstverständliche Trennung von Staat und Kirche.

Lassen Sie sich nichts vormachen – das Zusammenleben mit Muslimen klappt fast nirgends auf der Welt. Die Regel sind religiöse Gewalt und Verfolgung religiöser Minderheiten bis hin zu Bürgerkrieg, Mord und Totschlag. Wollen Sie das auch bei uns?

Als Münchner Stadtrat weiß ich, wovon ich spreche. Auch in der bayerischen Landeshauptstadt versucht eine Allparteien-Koalition aus SPD, Grünen, FDP und CSU (!), der Stadt krampfhaft ein islamisches Großzentrum aufs Auge zu drücken. Zuerst sollte es eine riesige Moschee des türkischen Moscheebauvereins DITIB sein – jetzt soll der „Imam von Penzberg“ (so was gibt's!) eingeladen werden, um sein „Zentrum für Islam in Europa – München“ in Bestlage in der Münchner Innenstadt zu installieren. Und das obwohl der Penzberger Imam bislang sogar vom bayerischen Verfassungsschutz beobachtet wird!

Wir bestreiten niemandem sein Recht auf freie Religionsausübung. Aber wir wehren uns mit der Mehrheit unserer einheimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger gegen die schleichende Islamisierung unserer Städte, gegen demonstrative Moscheebauten in unseren Gemeinden, gegen die Alimentierung zum Teil fundamentalistischer Islam-Vereine aus Steuermitteln. Wir wehren uns auch gegen die widerliche Anbiederungspolitik „unserer“ Politiker und Parteien dem Islam gegenüber – solange in islamischen Ländern Minderheiten verfolgt und Christen benachteiligt werden!

Sagen Sie JETZT „Nein“ zur Islamisierung in Ihrer Nachbarschaft – jetzt, so lange noch Zeit ist. Klinken Sie sich ein in den Widerstand gegen die Politik der etablierten Parteien, zeigen Sie Gesicht! Sie finden uns an Ihrer Seite – unser Wort drauf!
Herzlichst, Ihr Karl Richter

Karl Richter, geboren 1962 in München, kämpft seit 2008 im Münchner Stadtrat gegen Islamisierung, Ausländerprivilegierung und alltägliche Inländerfeindlichkeit. 2010 mußte die Rathausmehrheit seinem Antrag zustimmen, das islamische Großprojekt im Stadtteil Sendling rückabzuwickeln, nachdem der Moscheebauverein die Bausumme nicht aufbringen konnte. Karl Richter ist stellvertretender NPD-Vorsitzender und stellvertretender bayerischer Landesvorsitzender.

